



Suchergebnisse: Rüstung

24. September 1698 – Frankreich und England einigen sich auf einen Teilungsplan

Versailles - London * In einem Geheimvertrag einigen sich Frankreichs König Ludwig XIV. und Englands König Wilhelm III. von Oranien auf einen Teilungsplan. Demnach soll Kurprinz Joseph Ferdinand von Baiern Spanien und Südamerika erhalten, während die italienischen Besitzungen unter Frankreich und Österreich aufgeteilt werden sollen. Eine Indiskretion lässt die Abmachung in Madrid und Wien bekannt werden, was in der Folge einen Sturm der Entrüstung auslöst.

16. Mai 1705 – Die Kaiserlichen besetzen auch das Rentamt München

München * Nachdem Kurfürstin Therese Kunigunde am 16. Februar 1705 zu ihrer Mutter nach Venedig reiste, besetzen die Kaiserlichen auch das Rentamt München und verweigerten der Kurfürstin die Einreise nach Baiern. 8.000 Soldaten marschieren um 7 Uhr vor den Stadttoren auf und drohen mit Bombardierung. Die Münchner kapitulieren. Zur Besetzung des Rentamtes München kommt es auch deshalb, weil man in München keinen großen Eifer zeigt, die vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen aus dem Ilbesheimer Vertrag umzusetzen. Eine Kaiserliche Administration unter Reichsgraf Maximilian Carl von Löwenheim-Wertheim-Rochefort bemüht sich nun um eine ordnungsgemäße Verwaltung des Kurfürstentums Baiern.

1759 – Die Äußere Isarbrücke wird mit Steinen verkleidet

München * Zehn Steinjoche für die Äußere Brücke sind an der Kleinen Isar errichtet. Die Bogengewölbe werden dann aus Ziegel gemauert und nur außen mit Stein verkleidet. Über den Pfeilern ist die Brüstung mit Postamenten durchbrochen, die ab 1764 als Ausschmückung von Steinkugeln gekrönte Pfeileraufsätze trugen. Unter den beiden erhöhten Gehwegen verläuft die Wasserleitung für das Trinkwasser aus dem städtischen Brunnwerk am Gasteig. Der Zeitpunkt der Fertigstellung der Äußeren Isarbrücke lässt sich nicht mehr feststellen.

August 1788 – Neues Bekleidungssystem für Militär

München * Das neu eingeführte Bekleidungssystem versorgt jeden, vom Soldaten bis zum



Feldwebel, unentgeltlich mit Bekleidung und Ausrüstung.

10. Oktober 1805 – Kämpfer aus dem Balkan erzeugen Angst und Schrecken

München * In München halten sich Soldaten aus den östlichen Teilen der Donaumonarchie auf. Die exotisch aussehenden Kämpfer aus dem Balkan erzeugen bei den Münchnern Angst und Schrecken einerseits durch ihr fremdartiges Aussehen, andererseits durch ihre schlechte Ausrüstung und ihre unzureichende, Mitleid erzeugende Bekleidung.

28. Januar 1831 – König Ludwig I. erlässt eine Pressezensur

München * König Ludwig I. schränkt die Pressefreiheit durch starke Zensurbestimmungen für die innenpolitische Berichterstattung in der Tages- und Wochenpresse ein. Zuvor hatte er drei aus dem Ausland stammende Publizisten des Landes verweisen lassen. Die Maßnahmen führen zu einer politischen Entrüstung der liberal eingestellten Bevölkerung, die in der Pressefreiheit ein extrem schützenswertes Gut sieht.

4. März 1848 – Die Stürmung des Zeughauses

München * An diesem Faschingssamstag kommt es zur Stürmung des Zeughauses. Mehrere Gerüchte machten in München die Runde. Ein Gerücht lautet: „Der König hat alles zurückgenommen. Er will von den Bürgern nichts mehr wissen“. Ein anderes spricht von bewaffneten Bauern, die vor den Stadttoren lauern. Sie „wollen die Regierung stürzen und in der Stadt sengen und brennen“. Um 14 Uhr wird bekannt, dass die Landwehr mit dem sogenannten Generalmarsch mobilisiert worden ist. Damit ist faktisch der Ausnahmezustand ausgerufen. In dieser Stimmung aus Angst vor einem militärischen Übergriff oder vor anarchischen Zuständen durch Vorstädter aus der Au oder Haidhausen, kommt es an zur Stürmung des Zeughauses. Das Korn- und Geschützhaus am Jakobsplatz, dem heutigen Stadtmuseum, wird ohne Blutvergießen gestürmt und die Waffen aller Gattungen ausgegeben. Der mehrere Tausend Menschen umfassende und bewaffnete Demonstrationzug zieht bis zum Promenadeplatz, wo sich das bewaffnete Bürgertum mit der dort versammelten Landwehr vereinigen will. Doch zwischen den beiden Lagern hat inzwischen das Militär mit schwerer Ausrüstung und vier Kanonen Stellung bezogen. In dieser angespannten Situation erscheint rechtzeitig Prinz Carl, der Bruder des Königs und seit 1841 bayerischer Feldmarschall. Er kann die Situation mit der Aussage beruhigen, dass die Stände bereits zum 16.



März einberufen werden. Erstaunlicherweise reicht den Münchnern diese - eigentlich lächerliche - Zusage. Sie legen die Waffen nieder und bringen das Kriegszeug brav wieder zurück ins Korn- und Geschützhaus.

1884 – „Propaganda- und Reklamefahrten

München * In der Münchner Presse erscheint die nachstehende Nachricht: „Dem die Maximilianstraße in München entlang prominierten Publico bot sich gestern, Sonntag mittag um 12 Uhr, ein ebenso viel Entrüstung als Ärgernis erregendes Bild dar. Auf einem doppelsitzigen Veloziped bewegte sich ein Pärchen in rascher Fahrt durch die Straßen. Das Pärchen bestand aus einem Mannsbilde und einer - Donna, letztere in einem geblühten leinenen Rock, durch den die stampfenden, das Vehikel in Bewegung setzenden Beine sich jedem, so er darauf erpicht war, leicht präsentierten. Ohne Scham, stolz wie eine Amazone, ließ die holde Donna sich männiglich mustern, ihre Fahrt ungeniert fortsetzend. Wir fragen nun: Ist dies die neueste Art von Velozipedsport? Darf auf solche Art dem öffentlichen Sittlichkeitsgefühl ungestraft ein Faustschlag ins Gesicht versetzt werden? Endlich: Wo bleibt die Polizei, die hier ein erfolgreiches Feld für ihre Tätigkeit finden dürfte?“ Die beschriebene Dame ist die Ehefrau von Josef Stanigel, des Inhabers der Ersten Münchner Velozipedfabrik, in der ab dem Jahr 1883 Fahrräder gekauft werden konnten. Gemeinsam mit seiner Frau unternimmt Josef Stanigel Propaganda- und Reklamefahrten durch München und zu den umliegenden Bierkellern. Er trägt dabei einen karierten Anzug, sie eine Pumphose und eine Jacke mit weiten Ärmeln. „Ja schamts eich denn net, so Maschkerer z'gehn?“, werden die Radler beschimpft. Für die „damische Radlerin“ gibt es noch stärkere Sprüche: „A so a ausgschaamte Person, de soll doch bei de Kinder dahoam bleibn! Vom Radl sollt ma's obehau'n!“

31. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. verhängt den Zustand drohender Kriegsgefahr

Berlin * Kaiser Wilhelm II. bereitet sein Volk auf den kommenden gerechten Verteidigungskrieg gegen angreifende Feinde vor. „Infolge der andauernden und bedrohlichen Rüstungen Russlands“ verhängt er gemäß des Artikels 68 der deutschen Reichsverfassung den „Zustand drohender Kriegsgefahr“. Nachfolgend die Kernsätze seiner Rede, die mit der Überschrift „An mein Volk!“ in schriftlicher Form verbreitet wird: „Eine schwere Stunde ist heute über Deutschland hereingebrochen. Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand. Ich hoffe, dass, wenn es nicht in letzter Stunde meinen Bemühungen gelingt, die Gegner zum Einsehen zu bringen und den Frieden zu erhalten, wir das Schwert mit Gottes Hilfe so führen werden, dass wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken



können. Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volk erfordern. Den Gegnern aber würden wir zeigen, was es heißt, Deutschland anzugreifen. Und nun empfehle ich Euch Gott! Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer! Kaiser Wilhelm II.“

10. November 1914 – Aus einem verunglückten Angriff wird ein Mythos gemacht

Berlin - Langemarck - Ypern * Die Oberste Heeresleitung - OHL macht aus einem verunglückten Angriff einen Mythos: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie.“ Dabei stimmt nicht einmal der Name der Ortschaft, denn das Dorf Langemarck liegt weiter weg, klingt aber markant und teutonisch, und auf jeden Fall besser als Bixschote oder Ypern. Gesungen haben die Soldaten bestimmt nicht. Sie mussten mit ihrer 30 Kilo schweren Ausrüstung über den nassen schweren Lehm Boden rennen und fühlten sich zu Recht als Kanonenfutter.

1915 – In Bayern wird eine Landespreisstelle eingerichtet

München * In Bayern wird eine Landespreisstelle eingerichtet. Sie legt die Zuteilungen und die Höchstpreisbegrenzungen für rüstungswichtige Rohstoffe und Lebensmittel fest.

8. Februar 1917 – Zinndeckel-Bestandsaufnahme

München * Weil der Bedarf an Zinn für kriegswichtige Rüstungsprodukte sehr hoch ist, erlassen die Generalkommandos eine Bekanntmachung, die „die Bestandserhebung, Beschlagnahme und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und die freiwillige Ablieferung von anderen Zinn-Gegenständen“ beinhaltet.

3. März 1917 – Bei den Petersburger Putilow-Werken bricht ein Streik aus

Petersburg * Bei den Putilow-Werken, einem Petrograder Rüstungsbetrieb, bricht ein Streik aus. Die Gründe sind in der wirtschaftlichen Zerrüttung und dem erfolglosen Kriegsverlauf zu suchen. Die Direktion des Werkes reagiert darauf mit der Aussperrung von 30.000 Beschäftigten, was umgehend zu einer Protestdemonstration gegen die katastrophale Versorgungslage führt.



16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik

Berlin * In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Berlin - Leipzig * Eine Verhaftungswelle beendet den Streik. Zahlreiche Streikende werden zum Militärdienst eingezogen.

31. Juli 1917 – Winston Churchill wird britischer Rüstungsminister

London * Winston Churchill wird britischer Rüstungsminister.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“.



„Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik weitet sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reichs bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat akzeptiert werden.

16. Januar 1918 – Die Wiener Streikbewegung weitet sich aus



Wien - Österreich-Ungarn * Die Belegschaften der Wiener Rüstungsbetriebe verweigern die Arbeit. Ausgehend von den Floridsdorfer Fiat-Werken greift die Bewegung auf 120 Wiener Betriebe über und erfasst danach die steirische, schließlich die ungarische Arbeiterschaft.

28. Januar 1918 – Noch keine Streikfront in München

München * Kurt Eisner und seiner USPD gelingt es aufgrund der fehlenden Kontakte zu den Rüstungsarbeitern noch nicht, die Münchner Arbeiterschaft auf die Straße zu bringen. Erst am 31. Januar 1918 treten die Rüstungsarbeiter in den Streik ein.

28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen

München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

30. Januar 1918 – Streik-Aktivitäten der USPD verurteilt

München * Die Delegierten des Münchner Gewerkschaftsvereins beschließen eine Resolution, in



der sie die Aktivitäten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik verurteilen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Johannes Timm verständigt sich mit dem MSPD-Parteisekretär Erhard Auer, an der für den nächsten Tag angesetzten Versammlung der Münchner kriegswichtigen Betriebe teilzunehmen. Sie wollen durch ihre Präsenz Gegenmaßnahmen einleiten, die Bewegung in geordnete Bahnen lenken und den Streik so bald als möglich beenden.

31. Januar 1918 – Tausende schließen sich der Demonstration der Kruppianer an

München * Die rund 2.000 Streikenden ziehen gemeinsam von der Schwabinger Brauerei zu anderen Rüstungsbetrieben im Münchner Norden und schließlich in die Innenstadt in Richtung Hauptbahnhof. Der inzwischen auf 6.000 Menschen angewachsene Zug will in den Mathäserbräu, in dem aber bereits BMW-Arbeiter eine Versammlung abhalten. Ihr Demonstrationzug endet schließlich im Hotel Wagner an der Sonnenstraße. Hier sprechen neben Fritz Schröder auch Sarah Sonja Lerch und Hans Unterleitner.

2. Februar 1918 – Fast 10.000 Münchner befinden sich im Streik

München * Am Nachmittag dieses Samstags finden in den nachstehenden Betrieben Streikmaßnahmen statt: Bei den Bayerischen Flugzeugwerken beteiligen sich 3.000 Männer und Frauen, bei den Bayerischen Geschützwerken wird von 2.000 Männern und Frauen bestreikt, die Bayerischen Motorenwerke bestreiken 1.500 Männer und Frauen, bei den Präzisionswerken Deckel befinden sich hauptsächlich 1.100 Frauen im Streik. In den Ottowerke-Maschinen- und Flugzeugfabrik haben etwa 1.000 Männer und Frauen die Arbeit niedergelegt, in der Zigarettenfabrik Austria tun dies 500 Frauen, bei der Zigarettenfabrik Philipps Carl Witwe sind 300 Frauen im Streik, in der Möbelfabrik Deutsche Werkstätten streiken 180 Männer und Frauen, bei der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger haben 150 Frauen die Arbeit niedergelegt. Hinzu kommen noch viele, vor allem streikende Frauen aus weiteren kleinen Betrieben. Fazit: Am Höhepunkt der Januarstreiks haben sich in München weit über 9.000 Menschen, vorwiegend aus den Münchner Rüstungsbetrieben, beteiligt. Der Streik wurde zu einem erheblichen Teil von Frauen getragen.

4. Februar 1918 – 75.000 bayerische Arbeiter beteiligten sich am Januarstreik



Königreich Bayern * In den großen bayerischen Industriestädten München, Nürnberg, Fürth, Schweinfurt und Ludwigshafen haben sich zusammen etwa 75.000 Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben an den „Januarstreiks“ beteiligt.

10. März 1918 – Aufhebung der Sonntagsarbeit in den Rüstungsbetrieben

München * Die Sonntagsarbeit in den Rüstungsbetrieben wird aufgehoben.

31. März 1918 – Hedwig Kämpfer und Selma Schroeder werden ausgewiesen

München * Hedwig Kämpfer und Selma Schroeder betreiben die von Kurt Eisner begonnene Agitation für einen Massenausstand der Rüstungsarbeiter weiter. Die beiden Frauen werden deshalb - völlig mittellos - nach Preußen ausgewiesen.

14. Oktober 1918 – Aus Bronzefiguren soll Kriegsmaterial werden

München * In zwei Listen werden Bronzefiguren aufgeführt, die den Metallbedarf der Rüstungsbetriebe geopfert werden sollen. Die erste Liste beinhaltet Werke, auf die man ersatzlos und für immer verzichten will. Dazu gehört unter anderem die Schwind-Büste auf der Praterinsel, das Senefelder-Denkmal, ein Germaniabrunnen und das Brunnenbuberl, das sich seinerzeit noch in der Anlage in der Sonnenstraße befindet. Auf der zweiten Liste stehen Werke die nach dem Krieg wieder rekonstruiert werden sollen. Dazu zählt unter anderem das Maxmonument, Standbilder von Schiller und Goethe und der Wolfsbrunnen am Kosttor. Die nur wenig verbleibende Zeit bis zur Revolution rettet die Bronzeplastiken und macht sie zu den Gewinnern der Revolution und der neu entstandenen Demokratie.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu



einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

19. November 1918 – Die Einstellung der Rüstungsproduktion

München-Kreuzviertel * Die Frage der Entschädigung für zu entlassende Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wird im Kabinett besprochen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht die Einstellung der Rüstungsproduktion vor. Doch Munitionsfabriken und Werke für Metallerzeugnisse bilden in Bayern die während der Kriegszeit aufgebauten Hauptindustrien. Eine Umstellung auf Friedensproduktion verlangt in den Fabriken neue Maschinen und die Umschulung der Arbeiter.

21. November 1918 – Arbeitszeitreduzierung in den Rüstungsbetrieben

München * Aufgrund des Kohlenmangels wird die Arbeitszeit in den Rüstungsbetrieben auf 34 Stunden reduziert.

29. November 1918 – Von der Verletzung der Abrüstungsbestimmungen

München * Auf der Kabinettsitzung wird über die Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Waffenstillstandsabkommens beraten. Dabei stellt sich heraus, dass die Stilllegung der Munitionsindustrie in München 8.000 Arbeiter erwerbslos machen würde. Es wird nichts unternommen, die Produktion wird noch bis Mitte Januar 1919 fortgesetzt. Die Räte protestieren nicht. Für Kurt Eisner ist es ein bedrückendes und moralisches Dilemma, denn es ist nicht nur ein Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen, sondern auch eine stillschweigende Verleugnung eines Ziels der Revolution.



5. Dezember 1918 – Mehrere Tausend Rüstungsarbeiter verlieren ihren Job

München * In den Rüstungsbetrieben der Bayerischen Geschützwerke in Freimann (Friedrich Krupp), den Artilleriewerkstätten, den Bayerischen Flugzeugwerken und den Präzisionswerkstätten Deckel in Sendling werden Arbeitseinstellungen und Entlassungen durchgeführt. Mehrere Tausend Arbeiter verlieren ihren Job.

8. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung lehnt den Kompromiss ab

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL lehnt den Kompromiss zwischen Reichskanzler Friedrich Ebert, dem preußischen Kriegsminister und dem Vollzugsrat zum Truppeneinzug in Berlin ab. Der OHL-Plan war der Einzug von „zuverlässigen Divisionen“ bestehend aus 150.000 Mann, in voller Kriegsausrüstung mit schweren Waffen und Munition, die einen entsprechend erfolgreichen Putsch und die Niederschlagung der Revolution durchsetzen sollten.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen: „Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, [...] dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden musste. Wir haben [...] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, [...] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von



den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

24. Februar 1919 – Der Studentenausschuss verabscheut die politischen Morde

München * Der Studentenausschuss spricht „seine Entrüstung und den tiefsten Abscheu über die politischen Morde“ aus.

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schneppenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

15. April 1919 – Die Rote Armee erringt ihren ersten Sieg



München - Allach - Karlsfeld * Mit Lastwagen werden die eingetroffenen Rotgardisten an die Front bei Allach gebracht. Südlich der Straße Allach - Ludwigsfeld stoßen die Roten auf den Feind. Ihnen gelingt es, die von der Gegenwehr völlig überraschten Regierungstruppen nach Karlsfeld zurückzudrängen. Da die Angreifer - trotz ihrer guten Ausrüstung - weder über den notwendigen Kampfesmut verfügen, noch auf ihre bayerischen Kameraden schießen wollen, laufen viele Weiße zum Feind über oder fliehen zurück nach Dachau. Damit hat die Rote Armee ihren ersten Sieg errungen.

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte fordern zur waffenlosen Demonstration auf

München * In einem anderen Pakataufruf der Betriebs- und Soldatenräte Münchens wird aufgefordert „waffenlos“ auf einer Maikundgebung auf der Theresienwiese zu demonstrieren. Die Räte „protestieren mit Entrüstung gegen die fluchwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben“. Sie fordern auf: „Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen! Arbeiter! Laßt Eure Waffen in den Betrieben! Kommt mit den Frauen und Kindern heraus auf alle großen Plätze und Wiesen! Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. Es lebe der Rätegedanke!“

8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden“ müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

10. Januar 1920 – Der Versailler Vertrag tritt in Kraft

Deutsches Reich * Der Versailler Vertrag tritt in Kraft. Der Vertrag weist Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Rolle des Aggressors im Ersten Weltkrieg zu. Das Deutsche Reich wird finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht. Hohe Reparationsforderungen sind die Folge. Dazu umfangreiche Gebietsabtretungen und eine militärische Abrüstung durch die Reduzierung der Berufsarmee auf maximal 100.000 Mann



einschließlich höchstens 4.000 Offiziere und eine Marine mit 15.000 Mann. Dazu kommen Vorschriften zur Ausstattung der Wehrmacht.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.

1922 – Das Ende der Untergiesinger Lederfabrik zeichnet sich ab

München-Untergiesing * In den 1920er Jahren zeichnet sich das Ende der Lederfabrik ab, nachdem zuvor die „Aufrüstung“ und der Erste Weltkrieg noch für volle Auftragsbücher gesorgt hat.

1936 – Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz

München-Haidhausen * Rüstungsminister Albert Speer, ein enger Vertrauter und schon aus diesem Grund ganz bestimmt kein Kritiker des als „Führer“ bezeichneten Parteivorsitzenden, Reichskanzlers und Reichspräsidenten Adolf Hitler, beschreibt dessen Neun-Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz 16 folgendermaßen: „Ich wurde zunächst in einen Vorraum eingelassen, der mit Andenken oder Geschenken niedrigen Niveaus vollgestellt war. Auch die Möblierung zeugt von schlechtem Geschmack. [...] Hitlers Wohnung war die eines Privatmannes von mittleren Einkommen, etwa eines Studienrats, des Filialleiters einer Depositenkasse, eines kleinen Geschäftsmannes. Die Einrichtung war von kleinbürgerlichem Zuschnitt. Reichgeschnitzte, massiv eichene Herrenzimmermöbel, Bücher hinter Glastüren, gestickte Kissen mit zärtlichen Inschriften oder kräftigen Parteiwünschen. In einer Zimmerecke stand eine



Richard-Wagner-Büste, an den Wänden hingen, in breiten Goldrahmen, idyllische Malwerke der Münchner Schule. Nichts verriet, daß der Inhaber dieser Wohnung seit drei Jahren deutscher Reichskanzler war. [...]“

27. Juli 1936 – Die erste „Nacht der Amazonen“ findet statt

Schloss Nymphenburg * Die erste „Nacht der Amazonen“ findet statt. Am Nachmittag geht ein ungeheueres Gewitter - mit Wolkenbruch und Hagel - über der Stadt nieder. Doch es wurde noch eine schöne Sommernacht, in der mythologisch dekorierte Themenwägen, auf denen sich nackte und halbnackte junge Frauen präsentieren, durch die von Fackeln erleuchtete Nacht rollten. Amazonen reiten auf nackten Pferderücken. Sie schwingen ihre Speere und setzen ihre nur aus einer dünnen Schicht Goldbronze bestehende Rüstung ins rechte Licht. Das nächtliche Fest im Nymphenburger Schlosspark ist eine Abfolge szenischer Spiele und Aufmärsche. Im Licht von Scheinwerfern vollführten chinesische Tempelgöttinnen Tänze, wie sie in chinesischen Tempeln kaum je zu sehen sein dürften.

30. Dezember 1936 – Das ehemalige Vereinsheim des TSV München-Ost wird verkauft

München-Obergiesing * Die NS-Stadtverwaltung verkauft das ehemalige Vereinsheim des Turn- und Sportvereins München-Ost mit allem Grund und Boden an die Optischen Werke C.A. Steinheil Söhne GmbH München, die in unmittelbarer Nähe eine Rüstungsfabrik betreibt.

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des



Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.

10. April 1941 – Die Anna-Pfarrkirche verliert sechs Glocken an den Krieg

München-Lehel * Sechs der sieben Glocken der Anna-Basilika werden für kriegswichtiges Rüstungsmaterial eingeschmolzen. Am Gründonnerstag des Jahres 1941 werden sie abtransportiert. Die beiden größten Glocken - Sankt-Anna und Sankt Joachim - können aufgrund ihres Umfanges nicht abgeseilt werden und werden deshalb im Glockenstuhl zertrümmert. Während dieser Prozedur hallen die schaurigsten Töne durch das Lehel.

Mai 1942 – Das Ludwig II.-Denkmal wird eingeschmolzen

München-Au - München-Isarvorstadt * Aufgrund des Erlasses des Reichsministerium des Innern vom 3. Mai 1942 wird das König- Ludwig II.-Denkmal demontiert und als Metallreserve für die Roh-stoffversorgung des Reiches nach Hamburg gebracht werden. Nur der Kopf entgeht - durch Rettung der Hafenarbeiter - der Einschmelzung. Der Deutsche-Eiche-Wirt Dietmar Holzapfel stellt sich die Frage: Warum ist Ludwig II. der einzige König, der von den Nazis eingeschmolzen wurde? Und: Hat das was mit der Verschärfung des Paragraphen 175 durch Hitler im Jahr 1935 zu tun? Immerhin stellte der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches bis zum Jahr 1994 sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe.

1946 – Der Bugatti Royale wird von Charles Chayne restauriert

München-Au - USA * Der von Ludwig Weinberger gestaltete Bugatti Royale wird vom General-Motors-Ingenieur Charles Chayne restauriert. Dabei werden zahlreiche Änderungen und Eingriffe vorgenommen. Technisch gehört dazu der Ersatz des einzelnen Schebler-Vergasers durch eine Anlage mit vier Strombergvergäsern und die Umrüstung von mechanischen auf hydraulische Bremsen. Der Umbau der Bremsen erfordert andere Felgen, denn Bugatti hat die Trommelbremsen des Originals in die aus Guss-Aluminium gefertigten Felgen integriert, um die ungefederten Massen zu reduzieren. Charles Chayne setzt auf die neuen Stahl-Felgen eigens angefertigte, verchromte Radkappen. Zu den äußerlichen Veränderungen gehört eine Umlackierung auf perlmutt-weiß mit schwarzen Akzenten, schwarzem Verdeck und ebensolchem Koffer. Auch den Innenraum überarbeitet Charles Chayne nach



seinen Vorstellungen.

6. November 1980 – 2.000 Rekruten legen auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab

München-Maxvorstadt * Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr legen 2.000 Rekruten auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab. Generalmajor Wolfgang Kessler und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprechen dabei von der „Erhaltung des Friedens durch Abschreckung“. Die Vereidigung auf dem Königsplatz ruft Erinnerungen an die Aufmärsche während der NS-Zeit wach, weshalb parallel zur Gelöbnisfeier eine Protestveranstaltung der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stattfindet. Transparente mit der Aufschrift „Auf Hitlers Plattenmeer gelobt nunmehr die Bundeswehr“ werden von den Demonstranten mitgetragen.

7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel

München-Haidhausen * Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

April 1995 – Nachrüstungsarbeiten am Sylvensteinspeicher beginnen

Sylvensteinspeicher * Die in den 1970er-Jahren beginnende Diskussion über den zu erwartenden Klimawandel führt ab dem Jahr 1995 zu Nachrüstungen des Sylvensteinspeichers. Zur zusätzlichen Hochwasserentlastung wird der Damm um weitere viereinhalb Meter erhöht.
